

# Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung  
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Nr. 129.

Donnerstag, den 5. Juni 1919.

17. Jahrgang.

## Vor einem Ultimatum der Entente.

Enttäuschung der Franzosen über den Mißerfolg ihrer Umtriebe im Rheinland.

### Tageschau.

Die französischen Umtriebe im Rheinlande haben bis jetzt nicht den von den Franzosen gewünschten Erfolg erzielt.

Man erwartet auf deutscher Seite ein Ultimatum der Entente zur Annahme der Friedensbedingungen.

Ein bemerkenswerter Aufruf der französischen Sozialisten wird bekannt.

Erzberger hat an Marschall Foch einen Protest gegen die französischen Machenschaften bei der Ausrufung der Rheinrepublik gerichtet.

### Gegen die Ausrufung der Rheinrepublik.

#### Enttäuschung der Franzosen.

Ueber die Vorgänge in Mainz und Wiesbaden wird noch gemeldet:

Der Proteststreik gegen die Ausrufung der Rheinrepublik ist ruhig und in Ordnung verlaufen und hat bei den Franzosen tiefen Eindruck gemacht. Sie sind enttäuscht, daß die versprochenen 80 Prozent Anhänger der Rheinischen Republik nicht in Erscheinung getreten sind. Der Regierungspräsident von Meisner wurde von dem französischen Administrator ersucht, seinen Abschied zurückzunehmen, was er verweigerte. Neue Maueranschläge wurden abermals abgerissen. Es wurden wieder zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, darunter solche von höheren Schülern. Von der Tätigkeit der neuen Regierung ist außer dem anonymen Aufruf bisher nichts zu bemerken. Der Presse ist es verboten, Neuierungen gegen die Republik zu bringen. Mangin betonte, daß er auf der Rheinischen Republik bestehe und stelle der Bevölkerung wesentliche Erleichterungen, namentlich bezüglich der Markvaluta, in Aussicht.

#### Los von Preußen!

Die „Agence Havas“ meldet aus Aachen:

Die Frage der Errichtung der Republik Rheinland ist in ein unsicheres Stadium getreten. Kommissionen sind in Köln, Aachen und anderen Städten eingesetzt worden. Eine größere Anzahl Personen ist abgereist. Der Hauptteil der Bevölkerung des linken Rhein-Ufers hat seine Zustimmung zu der geplanten Reform unter der Bedingung erteilt, daß der neue Staat weiterhin ein Teil der deutschen Staatenvereinigungen bleibt. Das linke Rheinufer wird sich von Preußen, nicht aber von Deutschland trennen.

\* \* \*

Die Reichsregierung hat in ihrer letzten Kabinettsitzung über die Vorgänge in den Rheinlanden eingehend beraten. Erzberger gab einen genauen Bericht über seine Protestnoten an Marschall Foch. Später trat die Regierung noch einmal zu einer Besprechung zusammen, zu der auch Mitglieder der preussischen Regierung und Abgeordnete aus den besetzten Gebieten hinzugezogen wurden, um sich über die zu ergreifenden Maßnahmen schlüssig zu werden. Erleichtert wird die Arbeit der Regierung durch die reichstreue Haltung der Bevölkerung. Nur in der Aachener Gegend scheint es, daß den französischen Bestrebungen mehr Entgegenkommen gezeigt worden ist, auch von den Bürgerlichen und der Intelligenz. Wie amtliche Telegramme erkennen lassen, sind die Prüfversuche fast überall vergeblich gewesen. Besonders bemerkenswert ist es, daß die amerikanischen und englischen Besatzungstruppen sich gegenüber den französischen Bestrebungen kühl und ablehnend verhalten haben, allerdings auch keine Kundgebungen für Deutschland zulassen.

Nach neueren Nachrichten scheinen sich auch in Oberschlesien Hochverräter gefunden zu haben, die schon jetzt von einer Erlösung durch Polen sprechen.

### Der Friede von Versailles und die Zerstörung der deutschen Handelsflotte.

Nach den neuesten Berechnungen wird sich der dem deutschen Volke verbleibende Seeschiffraum einschließlich aller Fischereifahrzeuge, kleiner Segler, Schlepper und Seelichter auf insgesamt 2245 Schiffe mit 501 910 Brutto-Registertonnen belaufen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß vielleicht die Hälfte dieser Flotte für den eigentlichen Warentransport überhaupt nicht in Betracht kommt, daß die wirklichen Handelsschiffe lediglich aus Dampfern bestehen, von denen wenige eine Größe zwischen 1000 und 1600 Br.-Reg.-T., die meisten eine solche unter 1000 Br.-Reg.-T. haben. Wie ungeheuerlich die Zimmungen unserer Gegner in dieser Beziehung sind, möge daraus entnommen werden, daß von diesen für den Verkehr in der Nord- und Ostsee in Betracht kommenden verbleibenden deutschen Handelsschiffen nur rund 82 500 Br.-Reg.-T. auf Hamburg und 56 900 Br.-Reg.-T. auf Bremen entfallen. Dazu nehme man zum Vergleich, daß die Dampferflotte Hamburgs am 1. Januar 1914 2,6 Millionen Br.-Reg.-T., die Dampferflotte Bremens 1,3 Millionen Br.-Reg.-T. ausmachte. Die Bruttotonnage der in Hamburg und Bremen beheimateten Dampferflotte, das Herzstück unserer gesamten Seegeltung, wird also durch die Friedensbedingungen auf den lächerlichsten Bruchteil von etwa 3/4 Prozent ihres Vorkriegsumfanges herabgedrückt.

Trotz des beispiellosen Vernichtungswillens, der sich in dieser einen Zahl ausdrückt, verlangen unsere Gegner außerdem noch die Auslieferung aller im Bau befindlichen Schiffe und darüber hinaus — auf 5 Jahre verteilt — eine Million Brutto-Tonnen Neubauten von deutschen Werften.

### Der Stand der Friedensfrage.

#### Ultimatum der Entente?

Der Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“ hat den Eindruck gewonnen, daß in den Kreisen der deutschen Delegation mit einer ablehnenden Antwort der Entente und mit einem Ultimatum gerechnet wird, das die Unterschrift des Vertrages für die Delegation unmöglich machen würde. Die Delegation wird dann voraussichtlich abreisen, um mit der Regierung zu beraten und ihr die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung zu überlassen. Wahrscheinlich wird in diesem Falle die Abreise am Sonnabend vor Pfingsten oder an einem der Pfingsttage erfolgen.

#### Vor einem internationalen Generalstreik?

Wie die „Baseler Nachrichten“ aus Mailand melden, wurde in einer Zusammenkunft der Vertreter von französischen, englischen und italienischen Sozialisten und Arbeitern einmütig beschlossen, zwischen allen sozialistischen Parteien ein einheitliches Vorgehen in Form eines Aktindigen Generalstreiks zu vereinbaren.

#### Ein bemerkenswerter Aufruf der französischen Sozialisten.

Der Vorstand der sozialistischen Partei Frankreichs veröffentlicht in der „Humanité“ einen Aufruf an die Arbeiter Frankreichs, in dem er aufs energischste gegen die Entente-Maßnahmen in Rußland, und Ungarn Einspruch erhebt. „Dies genügt nicht; die sozialistische Partei Frankreichs ruft euch heute zur Tat“, heißt es. „In England droht der Dreißiger der Arbeiter, die Arbeit einzustellen, wenn er nicht die sofortige Zurücknahme aller Truppen aus Rußland erwirkt. Die italienische sozialistische Partei schlägt unseren drei Proletariaten eine Massendemonstration vor. Es handelt sich hier nicht um leere Drohungen, um die Revolution in Rußland und Ungarn zu retten und damit eure eigenen Befreiungsmöglichkeiten. Haltet euch bereit, den Aufruf eurer Klassenorganisation zu beantworten. Volk Frankreichs, das du immer den revolutionären Kampf an der Spitze aller Völker führst, du kannst die Arbeiterrevolution noch retten und dein eigenes Recht gleichzeitig wahren! Mache dich durch dein Schweigen und deine Untätigkeit nicht zum Spießgesellen des Vordes!“

#### Die Ausstände in Paris

dauern fort. Die Zahl der ausständigen Arbeiter wird von den Blättern sehr verschieden angegeben. Während die nationalsozialistischen Blätter die Zahl auf 100 bis 200 000 schätzen, erklären die sozialistischen Blätter, es handele sich um mindestens 400 bis 500 000 Streikende.

#### Abreise Renner's aus St. Germain.

Einer Neutermeldung aus St. Germain zufolge begibt sich Staatskanzler Renner nach Desterreich, um die Friedensbedingungen der Alliierten mit den Mitgliedern der Regierung zu beraten. Zur Ernägung der Bedingungen ist den Desterreichern eine Frist von fünfzehn Tagen bewilligt worden.

### Die deutschen Gegenvorschläge.

#### Der britische Standpunkt.

Dem Amsterdamer „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge meldet der Pariser Korrespondent des „Daily Mail“ bezüglich der Haltung der Alliierten gegenüber den deutschen Gegenvorschlägen: Im Anschluß an den englischen Ministerrat sind zum Schluß der vorigen Woche zwei Vollsitzungen der britischen Reichsdelegation abgehalten worden. Der britische Standpunkt geht dahin, daß die deutschen Gegenvorschläge für eine gewissenhafte Unternehmung in Betracht kommen, und daß, wenn sie als gute Wiederlegungen der Bestimmungen im Friedensvertrage der Alliierten angesehen werden können, der Vertrag in diesem Sinne abgeändert werden muß. Jeder Hauptteil in der deutschen Antwort ist nach der Kommission verworfen worden, die sich mit diesem besonderen Thema befaßt, und alle Berichte, die diese Kommission machen wird, sollen gewissenhaft erwogen werden. Die Behauptung, daß nur Einzelheiten des Vertrages für eine Abänderung in Frage kommen, ist unbegründet. Jede Bedingung, bei der die Alliierten zu der Ueberzeugung kommen, daß sie einer Revision bedarf, könne, seien es wirtschaftliche, territoriale oder militärische Bedingungen, geändert werden.

### Die polnischen Kriegsvorbereitungen.

Von der ober-schlesischen Grenze liegen neue Meldungen über polnische Kriegsvorbereitungen vor. Danach wurden an den Grenzübergängen Maschinengewehre eingebaut. Große Teile der Hallerschen Armee sind an der Grenze Oberschlesiens zusammengezogen. Bei Szenowice sind schwarze Truppen in kanadischer Uniform festgestellt worden.

#### Aufstellung des polnischen Unterkommissariats in Danzig.

Ebenso wie in Oberschlesien ist nun auch in Danzig das polnische Unterkommissariat und der Kreisvolksrat angelegt worden.

#### Italienische Geschütze für die Polen.

Nach einer Meldung aus Krakau sind dort fünf italienische Züge mit zusammen 10 Waggons italienischer Geschütze, die großen Kalibers sind, eingetroffen. Die Züge nehmen auf der Rückfahrt aus dem Danubius-Kohlengebiet Kohlen nach Italien.

### Sind wir zur Rettung bereit?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der sterbende Liberius deklamiert bei Geibel, daß alles Lüge sei, überall tief innen der Wurm sitze. Heute begeben vaterländisch heiß empfindende Männer Selbstmord, weil sie zu derselben Ueberzeugung kommen: daß die sogenannte Mehrheit bei uns nur in Worten lebt, hohlen Worten, entweder in einer verlogenen Romantik oder einer verlogenen Sentimentalität. Verlogen war die ganze Agitation für einen Verständigungsfrieden. In Wirklichkeit wollten die Leute nur einen Sieg der Demokratie, wenn es not tat, sogar einen Sieg der Demokratie über das Deutsche Reich. Unter allen Umständen wollte man den Scheidemannfrieden. In der Stunde der größten vaterländischen Not erklärte die Sozialdemokratie durch Scheidemanns Mund, sie mache nur dann noch mit, wenn der Kaiser zur Abdankung binnen 24 Stunden gezwungen werde.

Verlogen ist aber, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, zum Teil auch das heutige Wortemachen gegen den Scheidemannfrieden bei großen Kundgebungen. Unser Volk ist noch nicht genügend durch die Trübsalschule gegangen, um in den Worten des Preußenliebes, „daß für die Freiheit unsere Väter starben“, mehr zu sehen als eine poetische schöne Wallung.

Im Westen finden sich Verräter, die mit dem Landesfeinde paktieren. In dem noch unbefreiten rechtsrheinischen Gebiet sträubt man sich gegen jeden Gedanken an einen Widerstand gegen die Entente, weil man sie nicht einmarschieren lassen möchte. Aber antelegraphiert wird die Oberste Seeresleitung in Stolberg natürlich Tag um Tag von allen möglichen Vereinen und Einzelpersonen mit „flammenden“ Protesten und mit dem Verlangen, sie solle das Volk aufrufen, das mit Leib und Leben für die Unversehrtheit des Vaterlandes einstehen werde.

Aber Hindenburg — glaubt nicht daran. Eine ungeheure Tragik steckt in dieser Tatsache. Der Mann, der uns vier-einhalb Jahre lang die Heimat vor feindlicher Ueberflutung behütete, wurde im letzten Augenblick von den Scheidemannern verraten, unser Heer wurde „von hinten erdolcht“, und nun soll derselbe Mann glauben, daß die Millionen, die hinter Scheidemann stehen, sich ihm, dem Generalfeldmarschall, zu neuer Abwehr des Feindes zur Verfügung stellen werden? Hindenburg ist Zweifel geworden. Es ist Strohschnee, meint er; die Gemeinde derer, die ihre Anteile nicht vor Baal gebeugt haben, ist klein, sehr klein. Die Parteien der regierenden Mehrheit sind die Parteien der großen Worte einschließlich des berühmten „Unannehmbar!“, versagen aber bei dem ersten Verlangen einer Tat. Das muß festgestellt werden. Die Oberste Seeresleitung hat darum in diesen Tagen eine Art Inventur unseres Nationalgefühls vorgenommen. Sie hat überall im Lande bei Vertrauensmännern anfragen lassen, wie sie die Lage einschätzten und ob sie des Meinung seien, daß das Volk nötigenfalls zu einem neuen Waffengange bereit sei. Die Regierung hat daraufhin den greisen Feldmarschall gerufen: er müsse sich in Dinge der Politik, die ihn nichts angingen. Es spricht für die grenzenlose Verzweiflung an unserem Volk, daß die Oberste Seeresleitung darauf nur antwortete, sie habe nur das Material benötigt, um — beruhigend auf Sitzköpfe einzuwirken u. sich vor der Gesichtsgegen den Vorwurf zu wahren, als sei sie selber schlaff gewesen. In der Tat: derselbe Scheidemann, der Ludendorff einen „hasardeus“ genannt hat, würde sich nicht entblößen, unter anderen Umständen Hindenburg der mangelnden Initiative zu bezichtigen. Also, wenn es, wie vorauszusehen, mit dem Scheidemannfrieden geht, zu erklären, die Oberste Seeresleitung habe die Abwehr verbummelt.

In der Rundfrage wird ausdrücklich auch nach der Möglichkeit einer erneuten allgemeinen Aushebung geforscht. Unsere Wehrkraft ist ja durch die Revolution gerüchert. Als im Februar dieses Jahres im Osten der Versuch gemacht wurde, einen Heerzuteiljahrgang zum Dienste auszuheben, schickerte er; es meldete sich niemand. Es ist eine historische Notwendigkeit, dieses Trümmerfeld der Scheidemann-Hera zu inventarisieren.

Nur einen Vorbehalt macht die Oberste Seeresleitung in ihrer Veröffentlichung, nur ein Hoffnungsschrahl leuchtet durch das trostlose Grau: im Grenzgebiet gegen Polen seien wir bereit. Da gibt es keine Phrasen, keine Lügen, da gibt es alte preussische Grenzerkraft und Fähigkeit. „Wenn alle untren werden, so bleiben wir doch treu!“ Von Ostpreußen und Schlesien ging die Erhebung gegen Napoleon aus, von dort aus ist eine Neugeburt unseres Nationalbewußtseins möglich. Die vielgeschmähten Ostelbier — bis zu den deutschen Balten hin, die 700 Jahre lang ihr Volkstum bewahrten — sind heute in geschlossener Masse die einzigen, deren Worte auch Taten bedeuten. Ueberall sonst im Reich gibt es nur nationale Inself im roten Meere der Vaterlandslosen. In diesem Meere plätschern auch die Bürgerlichen aller demokratischen Richtungen. Die stehen auf dem Standpunkt, der im November jubelnd verkündet wurde, daß das deutsche Volk „auf der ganzen Linie gesiegt“ habe; nämlich gesiegt — über den Militarismus.

An diesem Siege müssen wir zugrunde gehen. Die verlogene Romantik, die von demokratischer Freiheit schwärmte, und die verlogene Sentimentalität, die auf den Versöhnungswillen der Feinde baute, sind unser Untergang. Nun ist er mit Händen zu greifen. Und da fragt soldatische Realität danach, ob wir zur Rettung bereit seien, oder ob die große Masse hinter Scheidemann steht und den Scheidemann-Frieden will. Das ist die Schicksalsfrage des deutschen Volkes.

# Allgemeine Unsicherheit unter dem neuen Kurs.

Unsicherheit in Stadt in Land! Bei die Anschlagäulen in Berlin studiert, findet da Belohnungen bis in die Zehntausende angeschrieben. Bald ist ein Geschäft ausgeräumt, bald sind Wagen mit Pferden verschwunden. Die Wagen findet man zuweilen wieder, die Pferde niemals. Sie enden beim Rossflächter, und die gestohlenen Waren gehen unverzüglich in den freien Handel über. Fragt doch niemand, dem solche Ware angeboten wird, nach ihrer Herkunft. Das gleiche Bild zeigen alle großen Städte.

Aber auf dem Lande ist es nicht anders. Beim Bauern wie beim Rittergutsbesitzer soll ja im Ueberflus vorhanden sein, was der Städter kaum noch dem Namen nach kennt, Schlachtvieh, Fleisch. Man mag ihm noch so sehr vorrechnen, daß von einem Ueberflus an Vieh keine Rede sei, daß kaum noch Milchkuhe in Betracht kämen und daß unsere jämmerliche Milchversorgung jetzt schon vor dem Zusammenbruch stünde, das macht keinen Eindruck. Und wenn es beim Mundraub kein Bemenden hätte, wenn die Diebe und Räuber ausgehungerte Menschen wären. Doch das ist so nur in einzelnen Fällen. In der Regel wird das geraubte Fleisch verschoben, besonders in die „vornehmen“ Spielklubs, die in scharfer Konkurrenz zu einander stehen und durch Augenleckerer natürlich markenfremder Fleischgerichte um die Besucher werben. Daß sich die Raubzüge aufs platte Land aber nicht nur auf landwirtschaftliche Erzeugnisse beschränken, sondern daß auch die Geldschrankräuber es nicht verschmähen, ihre Praxis aufs Land auszudehnen, ist schon selbstverständlich.

Diese Zustände kamen kürzlich in der preussischen Landesversammlung zur Sprache. Auf Anfrage bemerkte die ratlose Regierung, sie habe ihrerseits nichts tun können, als die Zahl der Gendarmen um 3000 zu vermehren — ein Tropfen auf den heißen Stein. Im übrigen forderte sie zur Selbsthilfe auf, zur Bildung von Einwohnerwehren. Man sollte meinen, daß in einer Versammlung der Erwählten des preussischen Volkes in der Beurteilung solcher verbrecherischen Treibens Einmütigkeit herrsche. Aber weit gefehlt! Als ein Zentrumsredner von einer Versammlung berichtete, in der ein Raubzug aufs Land beschloffen war, schwieg man noch, obwohl es klar ist, daß diese Versammlung kaum von einer bürgerlichen Partei einkerkelt war. Aber dafür kostete die Seele des „Volks“ in wilder Erregung, als der Abgeordnete Stendel aus Ostfriesland von plündernden Arbeiterhorden sprach, die dort die einzelnen liegenden Gehöfte heimsuchten. Daß kurz vorher der Unabhängige Paul Hoffmann das Militär als „Horden“ bezeichnet hatte, war als selbstverständlich hingenommen worden. Das Militär gehört zum alten System, und dieses zu beschimpfen, ist ja die einzige neue Freiheit, die der Umsturz gebracht hat. Hat sich doch die Regierung selbst nicht geschent, von „fluchbeladener Hohenzollernherrschaft“ zu sprechen, um damit bei einem nur vom Geschäftssinn eines Wüchters erfüllten Feinde Eindruck zu machen. Alles darf man in den Schmutz ziehen, nur nicht S. M. den „Arbeiter“. Natürlich ist dieser Arbeiter nicht der dünne Kerl, der da meint, ein Arbeiter müsse auch arbeiten, sondern der klassen- und siegesbewußte, der sich in Besitz eines gewaltigen Mundworts überall vordrängt, der sich in Arbeiter- und Soldatenräten dreist in alle Fragen der Verwaltung mengt und der ja auch begründete Ansprüche hat, daß die Regierung ihn mit gutbezahlten Stellen belohnen wird. Oder auch die Gemeinde. In einem Berliner Vorort wurde für einen Parteigrößen, seines Zeichens Gelegenheitsarbeiter, ein neuer Posten geschaffen und mit 11 000 Mark ausgestattet. Das ist der andere „Arbeiter“.

Die erste Pflicht jeder Regierung ist der Schutz der Sicherheit der Grenzen gegen den äußeren Feind und der Schutz der öffentlichen Ordnung im Innern. Das war noch vor einem Jahre eine Selbstverständlichkeit. Jetzt ist es ein unerreichbares Ideal, dank der skrupellosen Geharbeit derselben Männer, die in der jetzigen Regierung den Ausschlag geben.

## Aufruf an den Freiwilligen.

Beförderung von Mannschaften zu Offizieren. — Langsamer Abbau des Heeres. — Ansiedelung der Freiwilligen.

Berlin, 3. Juni.

Der Reichswehrminister erläßt folgenden Aufruf an die Freiwilligen:

Kameraden! Furchtbare Jahre hat das deutsche Volk erlebt. Der Krieg ging verloren. Der Waffenstillstand war entsetzlich drückend. Dazu wird unser Land von heftigen innerpolitischen Kämpfen erschüttert, die noch immer andauern. Eine radikale Minderheit versucht ihren Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes aufzuzwingen, dabei sträubte sie vor der Anwendung von Waffengewalt nicht

zurück. Im blutigen Straßenkampfe haben die Freiwilligen, Führer wie Mannschaften, den offenen Aufbruch niedergezwungen und sich mit ihren Weibern schützend vor die Volksmassen, die Nationalversammlung und die Regierung gestellt.

Allmählig kann die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kommen. Voraussetzung dafür ist, daß Deutschland von dem Chaos bewahrt bleibt, dazu werden die freiwilligen Streiter weiter beitragen. Jeder einzelne von ihnen hat darauf auch ein persönliches Interesse, da nur in einem Wiederaufbau Deutschlands seine wirtschaftliche Zukunft gesichert ist.

Kameraden! Der kommende Friedensschluß, ganz gleich von welchen Personen er vollzogen wird, bringt eine starke Einschränkung der deutschen Wehrmacht. In Heftblättern wird den Freiwilligen geschilbert, daß sie demnach auf die Straße gesetzt werden sollen, und dann das Schicksal der Arbeitslosen teilen werden. Die Freiwilligen sollen zermürbt und zum Auseinanderlaufen gebracht werden, dann würden die Leute, die uns russische Zustände bereiten wollen, freie Bahn haben. Die Freiwilligen können in dem hart geprüften Deutschland wegen ihrer Zukunft so beruhigt sein, wie es in dem hartgeprüften Deutschland möglich ist. Ihre Leistungen werden voll anerkannt. Das findet seinen Ausdruck dadurch, daß dieser Tage eine ganze Anzahl von Männern aus dem Mannschaftsstande zu Offizieren befördert werden. Der notwendige Abbau des Heeres wird langsam von statten gehen, dabei werden die wohlverworbene Rechte der Berufssoldaten voll respektiert werden. Dem Boykott, der den Freiwilligen angedroht wird, werden wir zu begegnen wissen. In den Betrieben des Reiches wird, falls eine Nechtung der Freiwilligen weiter versucht werden sollte, Platz freigehalten werden, wenn sie ins bürgerliche Leben zurückkehren. Ebenso sollen bei der eingeleiteten großzügigen Kolonisation die Freiwilligen in erster Reihe, neben den Kriegesbeschädigten bei der Ansiedelung Berücksichtigung finden.

Kameraden! Bewahrt wie bisher dem Vaterlande und eurem Volke die Treue, die mit Anerkennung und Treue vergolten werden wird.

Berlin, den 3. Juni 1919.

Im Auftrage der Reichsregierung.  
gez. Mosk e.

## Dosen ist Deutschlands Speisekammer! ::

### Deutsches Reich.

— Deutschnationaler Antrag gegen Glücksspiel und Spielklubs. Die Abgeordneten Dr. v. Aries, Menzel (Stettin) und Genossen haben beantragt:

Die verfassunggebende preussische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, schleunigst geeignete Maßnahmen zu treffen, durch welche dem Unwesen des öffentlichen Glücksspiels und der Spielklubs gesteuert wird.

— Deutschnationale Anfrage wegen polnischer Drohungen. Der deutschnationale Abgeordnete v. Kardorff stellte in der Preussischen Landesversammlung folgende Anfrage:

Der polnische Abschnittskommandant im Abschnitt Lissa hat einen Heeresbefehl erlassen, in dem unter Ziffer 8 folgendes angeordnet wird: „Mit den polnischen Führern in Lissa ist alles vereinbart. Bei etwaigem Widerstand der Deutschen ist kurz zu verfahren. Die Behandlung deutscher Führer und sonstiger verdächtiger Personen versteht sich von selbst.“ Ist die Staatsregierung bereit, den Obersten Polnischen Volksrat nicht im Zweifel darüber zu lassen, daß gegebenenfalls an den in unserer Hand befindlichen polnischen Geiseln Gleiches mit Gleichem vergolten werden wird?

— Ueber Düsseldorf Stadt- und Landkreis und über Duisburg ist der Belagerungszustand verhängt worden.

— Die Verschiedenheit der neuen Fünfzigmark Scheine vom 30. November 1918 hat im Publikum wegen der Verschiedenartigkeit der Nummerbezeichnung auf der Rückseite vielfach Zweifel an der Echtheit der betreffenden Noten erweckt. Wir erfahren hierzu von zuständiger Stelle, daß, wie bei der Hilfsbanknote vom 20. November 1919, es auch bei der neuen vom 30. November 1918 notwendig geworden ist, die Nummerierung mit verschiedenen Typen (No., Nr. und N<sup>o</sup>.) vorzunehmen, so daß auf den echten Banknoten drei Nummernbezeichnungen erscheinen und ein Mißtrauen wegen dieser Verschiedenheit unbegründet ist.

# Das Versagen unserer bisherigen Ansiedlungspolitik in bevölkerungspolitischer Hinsicht.

Von Dr. phil. et jur. W. A. S. M. I. S.

Unsere gesamte Ansiedlungspolitik der letzten Jahrzehnte hat die Schaffung neuer spannfähiger Bauernwirtschaften durchaus in den Vordergrund gestellt. So sehr diese Wirtschaften auch zweifellos als Kern und Grundlage des Landwirtschaftsbetriebes erwünscht sind, so darf man sich doch darüber keinem Zweifel hingeben, daß ihre einseitige Bevorzugung einen Fehlschlag in bevölkerungspolitischer Hinsicht bedeutet. Ein Vergleich der beiden letzten landwirtschaftlichen Betriebszählungen aus den Jahren 1895 und 1907 beweist dies klar. Insgesamt haben von 1895 bis 1907 die Großbetriebe über 100 Hektar in Preußen rund 700 000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche eingebüßt und auch die Großbauernbetriebe zwischen 20 und 100 Hektar haben noch rund 276 000 Hektar Fläche verloren. Zusammen also ein Verlust der größeren Wirtschaften von fast 1 Million Hektar an landwirtschaftlicher Fläche, der ganz überwiegend den mittelbäuerlichen Betrieben von 5 bis 20 Hektar zugezogen ist, die in dieser Zeit um rund 54 000 Betriebe mit über 800 000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche zugenommen haben.

Diese an sich zweifellos recht erfreuliche Vermehrung der mittelbäuerlichen Betriebe wird aber in ihrer bevölkerungspolitischen Bedeutung durch die gleichzeitige Entwicklung der kleinsten Betriebe mehr als ausgeglichen. Denn in unseren Hauptkolonisationsgebieten, nämlich den östlichen Provinzen, Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Polen und Schlesien ist die Zahl der kleinsten Betriebe unter 2 Hektar Größe, hauptsächlich infolge des Rückganges der Justiz- und Deputatenwirtschaften, in der gleichen Zeit um rund 78 000 Betriebe gefallen, obwohl in diesen sechs Provinzen allein die Großbetriebe durch Aufteilung um 620 000 Hektar abgenommen haben. Nur in den westlichen Provinzen hat auch die Zahl der kleinsten Betriebe unter zwei Hektar Größe ständig zugenommen.

Die ganz ungeheure Umwälzung, die in der Neuverteilung von rund 620 000 Hektar Großbetriebsfläche der östlichen preussischen Provinzen liegt, hat also, da bei der Neuverteilung hauptsächlich auf selbstständige spannfähige Bauernwirtschaften Wert gelegt wurde und die Bildung nichtspannfähiger Stellen, also vor allem von Handwerker-, Arbeiter-, Bildnerstellen stark vernachlässigt wurde, die Entvölkerung des platten Landes in keiner Weise aufzuhalten vermocht. Denn in der gleichen Zeit gingen weit mehr kleinste Wirtschaften zu Grunde als Bauernwirtschaften neu geschaffen wurden. Es hat aber für unser Volkstum keinen Wert, unter Auswand von mehreren hundert Millionen Mark und unter Bewegung von mehreren 100 000 Hektaren landwirtschaftlicher Fläche zwar einige 10 000 Bauernstellen neu zu schaffen, wenn gleichzeitig infolge des Rückganges der kleinsten Wirtschaften hunderttausende von ausländischen Arbeitern in das Land gezogen werden müssen.

Will man in Zukunft Menschenmassen aufs Land bringen, so darf unter keinen Umständen auch weiterhin die mittelbäuerliche Ansiedelung bevorzugt werden. Vielmehr muß neben der Bauernsiedelung auch die Kleinstsiedelung weit mehr als bisher berücksichtigt und zunächst geradezu in den Vordergrund gestellt werden. Nur dadurch kann in kürzester Zeit und unter Zuzunahme einer verhältnismäßig weit geringeren Fläche ein Erfolg für die Verdichtung unserer Landbevölkerung erwartet werden. Diese stärkere Berücksichtigung der Kleinstsiedelungen gebietet aber auch die soziale Gerechtigkeit. Denn die Klasse der Kleinrentenbesitzer ist sowohl bei den großen Agrarreformen am Beginn des 19. Jahrhunderts, wie auch bei der Kolonisationsstätigkeit der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege so gut wie völlig übergegangen worden.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist der geeignetste Weg für Schaffung zahlreicher Kleinststellen aber nicht der Eigentumsübertragung, sondern der der Bereitstellung von Mietwohnungen und Pachtland, damit den Kleinstsiedlern ihre persönliche Freizügigkeit und die Möglichkeit des allmählichen Erwerbs größerer Stellen erhalten bleibt.

Man wird deshalb nur wünschen können, daß in Zukunft in unserem Siedlungsprogramm neben die nichtspannfähige Kleinstsiedlerstelle vollberechtigt neben die spannfähige Bauernstelle tritt und in den nächsten Jahren sogar vor dieser den Vorrang erhält, damit rasch große Menschenmassen auf dem Lande Unterfindt finden, die anderenfalls bei dem drohenden Rückgang unserer Industrie zur Auswanderung gezwungen sein würden.

## Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Ortman.

68]

(Nachdruck verboten.)

„Nicht — was tust du — — Marianne — sag' mir eins — nur eins — war es die volle Wahrheit — damals — hier —“

Da richtete sie sich auf. Ein überirdisches Leuchten war in ihren Augen, die voll aufgeschlagen waren zu ihm. Und ein Lächeln, ein Lächeln, dessen Erinnerung sich niemals aus seiner Seele verlor, ging über ihr Gesicht.

„Ich habe nie einen anderen geliebt als dich, Achim!“ Ein schluchzender Laut kam aus seiner Brust, und für einen Augenblick vergaß er sich selbst — vergaß er alles — — Aber sie wich ihm aus. Und ohne den Blick von seinem Gesicht zu lassen, sagte sie: „Ich habe — einem andern — Treue geschworen — Achim! Ich durfte dir das — wohl sagen — aber nun muß ich gehen — nun darfst du nichts mehr zu mir sprechen —“

Ganz langsam ging sie in den Wald hinein — — Er stand und sah ihr nach. Wie ihr heller Mantel durch das tiefe dunkle Grün leuchtete. Ganz langsam ging sie. Und dann wandte sie sich noch einmal. Sie war schon sehr weit entfernt, und durch die Tränen sah er nur undeutlich ihr weißes Gesicht. Sie winkte nicht, und auch er hob nicht die Hand. Dann ging sie wieder, und zuletzt war da nur noch der Weg zwischen den dunklen Tannen.

Da fiel er an der Stelle, auf der er gestanden hatte, in die Knie.

20. Kapitel.

Wohl erreichte von dem Frankenwalder Stadtklatsch die Bewohner der Villa Ramboldt nichts. Aber nur deshalb nicht, weil die Familie des Fabrikanten plötzlich ganz vereinsamt schien.

Hermann Ramboldt war ängstlich darauf bedacht ge-

wesen, nur die Angehörigen der obersten Frankenwalder Gesellschaftschiicht in seinem Hause zu begrüßen. Mit den ehrsamsten Handwerksmeistern und wohlhabenden gewordenen Kleinbürgern, die es bis zu der Ehre eines Gemeinderatsmitgliedes oder eines Magistratspostens gebracht hatten, hatte er von dem Augenblick an jeden Verkehr abgebrochen, da ihm sein rasch gewachsener Reichtum die Verbindung mit den Angehörigen der Frankenwalder Garnison verhasst hatte. Diese Leute, die zum größten Teil mehr oder minder von seinem Wohlwollen Nutzen ziehen konnten, hätten sich's wohl auch jetzt noch zur Ehre angerechnet, wenn er die Neigung gehabt hätte, mit ihnen umzugehen. Obwohl natürlich nirgendwo so viel geklatscht wurde wie in den Häusern der biederen Pfahlbürger, und obwohl man sich gerade hier mit einmally wieder sehr deutlich des ewig hungrigen Gymnasialisten im ausgewachsenen und abgehabten Anzug und des kleinen Mädchens erinnerte, das im strengen Winter in einem dünnen Sommermäntelchen durch die Straßen gegangen war. Mit großem Bedagen fristete man die Erinnerung auf daran, daß der über Nacht zum einflußreichen Fabrikbesitzer gewordene arme Ingenieur noch die letzten Bäderrechnungen seiner Eltern hatte bezahlen müssen. Und man sah sich lächelnd in die Augen, wenn man von dem „merkwürdigen Glücksfall“ sprach, der einem armen Teufel die Reichtümer in den Schoß geworfen hätte.

Trotz alledem wäre jeder dieser aufrichten Leute, die nicht geringfügig genug sprechen konnten von der zweifelhaften Art, Millionen zu erringen, und die auf einen Rodeseller oder Gould mit Berachtung herabsahen, dem kleinsten Wint des Fabrikanten wahrscheinlich freudig gefolgt und die Hüte flogen heute nicht weniger tief herab; wie sonst auch, wenn er in seinem Wagen durch die Straßen fuhr. Aber es kam ihm nicht einmal in den Sinn, daß er sein Haus diesen Gästen öffnen könnte, da die andern sich fernhielten.

Vielleicht, daß auch unter der sogenannten „besten Gesellschaft“ mancher war, der allen Klatsch und alles Gerede den erlesenen Weinen und den opulenten Mahlzzeiten im Ramboldtschen Hause zullebe sehr gern überhört hätte.

Der alte Sanitätsrat und der Bürgermeister, von denen man behauptete, daß es keine besseren Notweinfeiner gäbe in der Mittelmark — sie hätten eine Einladung wahrscheinlich nur sehr schweren Herzens ausgeschlagen. Wie die jungen Offiziere der Frankenwalder Garnison der Weisung ihres Obersten, den Verkehr in seinem Hause zunächst einzustellen, durchaus nicht freudig nachkamen. Man hatte sich an seinem Tische und auf dem Parkett seiner Salons gründlicher als in irgendeinem anderen Frankenwalder Hause von der Dede der Kleinstadt erholen können — und der Gedanke an die reizende Schwester des gesellschaftlich Geachteten fiel den jungen Herren schwer auf die Seele. Aber gegen eine bestimmte Weisung gab es natürlich keinen Einwand — und daß auch Helmut Althoff offenbar mit seinem Schwager gebrochen hatte, gab dem Befehl des Obersten in der Tat einen gewichtigen Nachdruck.

Für alle aber, die es sich angelegen sein ließen, zur ersten Gesellschaft zu zählen, war es ein gebietendes Signal, daß die Offiziere und die Herren von der Regierung sich von Hermann Ramboldt zurückgezogen hatten. Man hoffte noch immer, daß es eines Tages wieder möglich sein würde, mit ihm zu verkehren. Einstweilen aber miß man eine Berührung mit ihm so vorsichtig, wie man einem Gebrandmarkten ausweicht. Es kamen keine Einladungen, obwohl die Gastereien auf den umliegenden Gütern eben jetzt voll im Schwange waren, und die üblichen Nachmittagsbesuche der Damen unterblieben. Seit dem Liebesmahl, mit dem der Oberleutnant Helmut Althoff Abschied genommen hatte von seinen bisherigen Kameraden, hatte sich auch keine der jungen Damen mehr sehen lassen, die sich Edith Ramboldt bisher nicht eifrig genug zu Freundinnen hatten anbieten können. Und da die Villa Ramboldt der Werke wegen nicht im eigentlichen Wohnviertel der Stadt lag, Edith aber jetzt das Haus kaum noch verließ, hatte sie in Wahrheit kein anderes Gesicht mehr gesehen als das ihres Bruders oder ihrer Schwägerin.

Aber doch mit einer Ausnahme.  
(Fortsetzung folgt.)

# Das gebrochene Rückgrat unserer Finanzwirtschaft.

Das Eisenbahnwesen bildet das Rückgrat unserer Finanzen. Dieser bekannte Satz, der für Preußen und andere Staaten galt, ist in Deutschland zu einem bitteren Hohn geworden. Das während des Krieges unser Eisenbahnmateriale in ungeheurer Weise mitgenommen wurde, und daß man gegenüber den notwendigen Anforderungen des Krieges keine Rücksicht auf die Frage der Einnahmen nehmen konnte, ist selbstverständlich. Schwerere Wunden aber als der Krieg schlug unserem Verkehrsweisen der Waffenstillstand; die von der Revolutionsregierung unterschriebenen Bedingungen behandeln ließ, haben unser Eisenbahnwesen zugrunde gerichtet. Die Ablieferung nicht nur ungeheurer Mengen von Lokomotiven und Eisenbahnwagen, sondern überhaupt der besten und leistungsfähigsten, das war es, was unserer Finanzwirtschaft das Rückgrat brach. Was uns zur Aufrechterhaltung des Verkehrs übrig blieb, war durchwegs unzureichend, um das Wirtschaftsleben in Gang zu halten, geschweige denn neu zu beleben, sowohl an Zahl, vor allem aber, weil ein so großer Teil dessen, was man uns ließ, abgenutztes, ausbesserungsbedürftiges Material war. Dazu kamen dann die Streiks, die wir ebenso wie die schändlichen Waffenstillstandsbedingungen der Revolution verdankten. Anstatt daß das Eisenbahnmateriale intakt geblieben und schrittweise neu hergestellt wurde, verminderten sich durch die Schuld der sozialistischen Arbeitermacht die Verkehrsmittel immer weiter und die Verkehrsnot stieg bis ins unerträgliche. Statt der großartigen Ueberflüsse, die unsere Eisenbahnen früher zur Entlastung anderer Verwaltungsgebiete abliefern konnten, stellten sich auch bei ihnen erschreckend anschwellende Fehlbeträge ein.

Das Ergebnis dieser verzweifelten Entwicklung hatte jetzt in der Preussischen Landesversammlung der Eisenbahnminister Defer vorzulegen. Die Zahlen, die er gab, riefen, trotzdem man ja auf sehr Böses gefaßt war, anhaltende Bewegung im Hause hervor. Daß im Eisenbahnwesen die Ausgaben fast um ein Drittel über die Einnahmen herangewachsen sind, das war eine Mitteilung, die geradezu niederschmetternd wirkte. Ein Zuschuß von 700 Millionen Mark wird im neuen Etat notwendig sein, nur um das jämmerliche Ding, das sich jetzt unser Verkehrsweisen nennt, einigermaßen in Gang zu halten. Dazu sind weitere Tarifserhöhungen zu den schon fast unerträglich hohen heutigen Sätzen erforderlich, die monatlich 149 Millionen erbringen müßten. Das können sie aber nicht, da man ja den Verkehr auf jede Weise einschränken muß. Jeder Monat liefert einen ungünstigeren Abschluß. Wenn das so weiter geht, dann brauchen wir im Laufe des Jahres einen Zuschuß von mehr als 3 Milliarden. Mit dem vergangenen Jahre zusammen würden wir dann für die Eisenbahnen einen Zuschuß von fünf Milliarden Mark in zwei Jahren brauchen, eine Zahl, die auch Herr Defer angesichts der lebhaften Erregung des Hauses als „fürchterlich erschreckend“ bezeichnete. Ja, das Rückgrat unserer Finanzen ist völlig gebrochen.

Und doch muß man es fast noch als einen Lichtblick in all dem Dunkel ansehen, daß der demokratische Eisenbahnminister an dieser Stelle seiner Ausführungen anscheinend selbst einen Schreck bekam über die Tiefe des Abgrundes, in die unser Verkehrs- und Finanzwesen hineingeraten ist. Denn im übrigen hatte man fast den Eindruck, als mache es ihm beinahe etwas wie Behagen, diese Zahlen als Unglücksboten anstrahlen zu können. In plauderndem Tone, hübsch amalend, sprach er, als ginge ihn und uns das alles nicht sonderlich an. Die 25-Milliarden-Regierung freilich spielt mit solchen Summen Jauchball. Sie hat ja in den Waffenstillstandsverhandlungen die Ablieferung der unerhörten Mengen an Verkehrsmitteln so glatt und schnell „erledigt“, daß die Franzosen gar nicht wußten, wie ihnen bei dem taugen Erlöse war. Das deutsche Volk aber, das nicht im Sonderzuge durchs Dasein fährt, fühlt die bittere Not unseres Eisenbahnwesens und wird es noch fürchterlich hart empfinden, wenn es sich erst in vollem Umfange bemerkbar machen wird, daß das Rückgrat unserer Finanzwirtschaft gebrochen ist.

## Ausland.

**Probearbeitung Malmédys gegen Belgien.** Bei einer Probearbeitung in den beiden Bezirken von Malmédy sprach sich die überwindende Mehrheit der Bevölkerung für das Verbleiben bei Deutschland aus. Nur in zwei Dörfern ergaben die Abstimmungslisten 50 Prozent resp. 25 Prozent für Belgien, was auf den persönlichen Einfluß der dortigen Pfarrer zurückzuführen ist, die belgisch gesinnt sind und von denen einer sogar ein Schwager eines bekannten belgischen Agitatoren ist.

**Der frühere zeitweilige Generalissimus der russischen Armee, General Gurko, veröffentlicht im „Morgenblatt“ von Christiania einen bemerkenswerten Artikel, der angesichts der Stellung des Verfassers Aufmerksamkeit verdient.** Gurko führt aus, vom deutschen Standpunkt sei die russische Mobilmachung in der Tat gleichbedeutend mit der Notwendigkeit für Deutschland gewesen, unverzüglich den Krieg zu beginnen, da die einzige Ueberlegenheit Deutschlands in der Schnelligkeit seiner Demobilisierung gelegen habe. Für die Handlungsweise Rußlands müßten aber Rechtfertigungsgründe gleicher Art anerkannt werden wie für Deutschland. Die russische Mobilmachung sei nur eine notwendige Gegenmaßregel gegen die österreichische, also deren unvermeidliche Folge gewesen. Gurko schließt seine Darlegungen, indem er auf die Fruchtlosigkeit aller einseitigen Erörterungen über die Schuldfrage hinweist und als Hauptaufgabe der Menschheit hinstellt, Vorkehrungen zu treffen, um eine Wiederholung eines solchen Weltunglücks zu vermeiden.

**Die Angestellten der Pariser U-Grundbahn** haben in einer Sitzung beschlossen, in den Ausstand zu treten. Der gesamte Betrieb ruht.

### Kolschak unterwirft sich den Ententebedingungen.

Savas meldet aus Dmsk: In einem Tagesbefehl an seine Truppen erklärt Kolschak, daß er in jeder Weise bereit sei, die von der Entente verlangten politischen Bedingungen zu geben.

## Politische Nachrichten.

**Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß die französische Besatzungsbehörde vom Polizeidirektor in Wiesbaden ausdrücklich verlangt hat, daß die Plakate, die die Proklamator der rheinischen Republik enthalten, nicht entfernt werden.** Diese Forderung steht im merkwürdigen Gegensatz zu den von den Besatzungsbehörden immer wieder betonten rein privaten und volkstümlichen Charakter der Lösungsbestrebungen.

### Zum Tode verurteilter Hochverräter.

Vom Standgericht München wurde nach zweitägiger Verhandlung Dr. Eugen Levine wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Der Mitangeklagte Architekt Wilhelm Zimmer wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat dem ordentlichen Gericht überwiesen.

## Aus Stadt und Land.

Köln, den 4. Juni 1919.

Zum 5. Juni: Sonnenaufgang 3,43. — Sonnenuntergang 8,14. — Mondaufgang 11,51. — Monduntergang —.

### Neuerpachtung der städtischen Jagden.

H. Die in einer Magistratsvorlage vorgesehene Neuerpachtung der sämtlichen städtischen Jagden auf 12 Jahre wird in der Bürgerchaft vielfach Kopfstütteln erregen. Man merke es der Vorlage und der beigegebenen „Begründung“ an, daß sie von einem Nichtfachmann ausgearbeitet und von Interessenten begutachtet ist. Die Buchwaldbjagd, die bisher verpachtet war, ist fast ausgeschossen, und um sie zu „heben“, sollen angrenzende Feldjagdbezirke mit verpachtet werden. Der Erfolg wird sich dahin zeigen, daß auch diese Bezirke bald ausgegossen sind. Denn es ist eine alte Erfahrungssache, deren man sich hier freilich noch nicht bewußt zu sein scheint, daß die Verpachtung von Jagden zwar zunächst ansehnliche Summen einbringt, zugleich aber den Wildstand völlig ruiniert, daß jeder Pächter am Ende seiner Pachtperiode aus der Jagd herausgeholt wird, was eben möglich ist. Am schlimmsten ist es wie es hier beabsichtigt scheint, wenn das Pachtgebiet mehrerer Pächter nebeneinander liegt. Der „Beschlußplan“ wird hierdurch wenig ändern. Die Stadt muß unseres Erachtens ihre sämtlichen Jagden selbst verwalten. Die Jagdverwaltung muß selbstverständlich nach wirtschaftlichen Grundsätzen geregelt werden und in erster Linie darauf bedacht sein, das Ergebnis der Jagden der städtischen Fleischversorgung zugute kommen zu lassen.

Wir hoffen, daß aus der Versammlung hervor eine Aenderung der mitgeteilten Pläne vorgenommen wird.

**Der Kampf gegen die Arbeiterräte.** Die Gemeindevertretung Niklassee hat in ihrer letzten Sitzung einen Antrag auf Nichtanerkennung des dortigen Arbeiterrats als Kontrollorgan der Gemeindeverwaltung angenommen und beschlossen, dem Arbeiterrat die Kontrolle der Gemeindeverwaltung zu entziehen. In einer früheren Sitzung hatte die Gemeindevertretung schon den Beschluß gefaßt, wonach der Arbeiterrat, der eine Entschädigung wegen entgangenen Stundenlohns beantragt hatte, die Stunden nachweisen sollte, die er gearbeitet habe. Diesem Beschluß ist der Arbeiterrat nicht nachgekommen.

**Ausdehnung der für Januar gewährten Feuerungszulage.** In Nr. 41 des N. B. Bl. vom 10. Mai 19. S. 377 ist ein Erlass des Kriegsministeriums vom 7. Mai 19. 100/5. 19. S. 2 Nr. veröffentlicht, der die Ausführungsbestimmungen zu Ziffer 2 der vom Präsidenten des Reichsministeriums am 27. April abgegebenen Erklärungen enthält. Gleichzeitig sind in Ziffer 2 Bestimmungen vorgesehene, der zufolge Härten, die sich bei dem Vollzug der Verordnung vom 31. Dezember 18. ergeben haben, beseitigt werden. Auf Grund der neuen Bestimmungen kann die für Januar 1919 gewährte einmalige Feuerungszulage auch denjenigen Kriegsbeschädigten zuteil werden, deren Versorgungsgebühren erst nachträglich für Januar festgestellt worden sind. Weiter können bei der Berechnung dieser einmaligen Feuerungszulage auch die einer Kapitalabfindung zugrunde gelegten Gehaltsrückstände in Ansatz gebracht werden. Diese beiden Abänderungen der Verordnung vom 31. Dezember 1918 greifen jedoch nur Platz, soweit die erwähnten Härten nicht etwa schon im Unterstützungswege ausgeglichen worden sind und nur dann, wenn von den Versorgungsberechtigten ein Antrag auf Auszahlung dieser Feuerungszulage gestellt wird. Schreibungen werden fertigt kostenlos derartige Gesuche das vereinigte Bureau der Gemeindepflege von St. Marien und die Fürsorge- und Beratungsstelle des Regierungsbezirkskriegerverbandes Köln, Gerberstraße 18, an. Sprechstunden Mittwoch und Sonnabend von 7-1 und 5-7 Uhr.

**ez. Von unseren Lichtspielbühnen.** Der bewährten Direktion der Kammerlichtspiele ist es gelungen, die erste Filmoperette „Wer nicht in der Jugend küßt“ für eine kurze Zeit hier auf den Spielplan zu bekommen. Die Zeit ist recht knapp, sobald wohl nicht alle Köpfe das Filmwerk bewundern werden können, während wir bei den Filmopern, wie zum Beispiel „Der Wasserschmid“, immer sehr große technische wie künstlerische Mängel feststellen konnten. fallen diese bis auf wenige Kleinigkeiten bei der ersten Filmoperette weg. Der Solo- und Chorgesang wird von den ersten Operettensängern gesungen, die sehr gut von der Hauskapelle begleitet werden. In Anbetracht des guten Spiels der Hauptdarsteller und der urkomischen Handlung können wir den Besuch der Kammerlichtspiele bestens empfehlen, wo jeder ein paar frohe und genussreiche Stunden verbringt.

**Großmöllen. Besitzwechsel.** Der Badekommissar, Hauptmann Zieg, dessen Wahl wir kürzlich meldeten, erwarb das der Frau von Dwingels-Lütten gehörige Grundstück für den Preis von 59000 Mark.

**Kolberg. Landarbeitertarif.** Hier fanden Freitag die Schlussverhandlungen in der Landarbeitertariffrage statt. In den Beratungen nahmen einerseits die landwirtschaftliche Arbeiterorganisation, andererseits der Vertreter der sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes und der Vertreter des Berufsvereins land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter, Sitz Greisenberg, teil. Der Greisenberger Tarif, der als Muster für die Verhandlungen diente, wurde mit Aenderungen bezüglich der Lohnhöhe und Deputatberechnung angenommen. Die Lohnhöhe für Knechte über 18 Jahre wurde der freien Vereinbarung überlassen. Bezüglich der Dienstmädchen wurde auf Antrag des Herrn Volk, der selbst Bauernknecht war, bestimmt, daß diese des Mittags außer der Essenzzeit eine halbe Stunde wirkliche Ruhepause haben sollen.

**Stoll. Millionen-Kredit.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde dem Magistratsantrag auf Aufnahme eines Darlehens von fünf Millionen zur teilweisen Deckung der der Stadt bis jetzt entstandenen Kriegsausgaben zugestimmt. Das Darlehn ist mit 4,85 Prozent zu verzinsen und mit ein Prozent unter Zuwachs der ersparten Zinsen zu tilgen. — Ein weiteres Darlehn zur Abtrotzung ausgenommener Zwischenkredite soll in Höhe von 3261440 Mark bei der städtischen Sparkasse aufgenommen werden, wozu die Versammlung ebenfalls ihre Zustimmung erteilte.

**Bülow. Auflösung des hiesigen Arbeiterrats.** In seiner Sitzung vom 31. Mai beschloß der hiesige Arbeiterrat einstimmig, sich mit dem genannten Tage aufzulösen. Er sagte diesen Entschluß, indem er sich die Ansicht der Staatsregierung zu eigen machte, nach welcher die Befugnisse der kommunalen Arbeiterräte nunmehr auf die im demokratischen Sinne umgestalteten Verwaltungsbehörden in Stadt und Kreis überzugehen haben. Die Bekämpfung des Kriegswuchers und des gewerbmäßigen Schleihhandels, welche der Arbeiterrat in letzter Zeit als seine Hauptaufgabe ansah, wird künftig zu den Obliegenheiten der Lebensmittelkommission der Stadterordnetenversammlung gehören, welche durch Neuwahl von Mitgliedern aus der Bürgerchaft verstärkt werden soll. Die Pflicht der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung geht nach Ansicht des bisherigen Arbeiterrats auf den neugewählten Volksterrat über.

**Treptow an der Rega. Ueber den Saatensand** wird uns berichtet: Der Saatensand ist als gut zu bezeichnen; trotzdem in den letzten Tagen Nachfröste schädeten, der Roggen sogar stellenweise grau wurde, hat er sich recht gut erholt. Roggen steht größtenteils vor dem Schoppen. — Soweit man die Sommerfrüchte jetzt beurteilen kann, ist Hafer gut aufgelaufen und zeigt kräftiges Aussehen. — Von den Delikatessen steht der Raps in voller Blüte. — Weizen und Weiden sind gut befest, der erste Schnitt verspricht gut zu werden.

**Begelow. Töblich vernagelt** ist ein Russe beim Auspflügen auf den Eisenbahndamm.

## Volkswirtschaft.

**Deutsche Mineralöl-Industrie — Deutsche Erdöl-A.G.** In der gestern abgehaltenen Hauptversammlung der Deutschen Mineralöl-Industrie-A.G., die zur Gruppe der Deutschen Erdöl-A.G. gehört, wurde ein Angebot der letztgenannten Gesellschaft vorgelegt, die sich erbietet, die Anlagen, Konzeptionen und Vorräte der Mineralöl-Industrie zu übernehmen, und dagegen in Barisch 902 (von insgesamt 1000) Anteile der Regier Braunkohlenwerke und sämtliche 2,25 Millionen Mark Aktien der Ramsdorfer Braunkohlenwerke zu gewähren. Die Abstimmung ergab indeßen die Annahme der Austauschaktion mit 5525 gegen 930 Stimmen.

**Vulkan-Werke Hamburg und Steint, A.-G.** Im abgelaufenen Geschäftsjahr verminderte sich der Ueberfluß von 7120207 Mark im Vorjahr auf 6352789 Mark. Nach Abschreibungen von 5014322 (5621551) Mark ergibt sich ein Reingewinn von 1338466 (7120707) Mark aus dem eine Dividende von wieder 8 Prozent verteilt werden soll.

### Die Benzinvorräte aufgebraucht.

Wie allgemein bekannt ist, sind seit Ende Oktober die Benzinlieferungen aus Rumänien und Galizien infolge der politischen Ereignisse ausbleiben. Eine Beschaffung von Benzin von anderen Ländern ist bisher nicht möglich gewesen. Da mit der zur gleichen Zeit einsetzenden Einschränkung der Kohlenförderung auch die Benzolverzeugung sank, so mußten die noch vorhandenen Benzin- und Benzolvorräte in stärkstem Maße zur Deckung des Bedarfs herangezogen werden. Jetzt sind die vorhandenen Bestände aus der Kriegswirtschaft aufgebraucht, und man ist bis zum Zeitpunkt, wo Benzin eingeführt werden kann, lediglich auf die laufende Benzolverzeugung angewiesen. Durch die letzten großen Streiks im Ruhrgebiet und in Oberschlesien sind die Kohlenfelder, die an sich schon durch die forzierte Kriegserzeugung gelitten haben und nicht gründlich erneuert waren, zum Teil stillgelegt worden und dadurch zusammengebrochen. Ihr Aufbau kann erst in 6 bis 8 Wochen beendet sein. Während dieser Zeit ist nur mit einem Drittel der normalen Friedens-, einem Viertel der Kriegserzeugung zu rechnen. Es muß deshalb in den nächsten Wochen eine starke Abdroppung selbst der für die Volkswirtschaft wichtigsten Betriebe erfolgen, und zwar können nur die Betriebe, die für die Ernährung und die Kohlenförderung von äußerster Wichtigkeit sind, beliefert werden. Alle anderen Verbraucher müssen bei der gegenwärtigen katastrophalen Lage der Betriebsstoffwirtschaft völlig leer ausgehen. Besondere Kontrollen sind eingerichtet worden, um den Abfluß von Benzin in den Schleichhandel und damit in für die Volkswirtschaft minder wichtige Kanäle zu verhindern.

## Pommerscher Landbund.

Uns wird geschrieben:

Die Tagung der Kreisdelegierten des Pommerschen Landbundes eröffnete Herr von Demis, der Bundesdirektor. Er erstattete einen eingehenden Bericht über die bisherige Tätigkeit des Direktoriums. Er legte die Stellung des Landbundes zur Wirtschaft und Sozialpolitik auf dem Lande dar. Es wurde die Notwendigkeit der Durchführung des Landbundes betont, ohne die ein wirtschaftlicher Wiederaufbau unmöglich sei. Gedanken an die Revolution stellte der Redner als widerförmig hin. Von der Regierung aber erwarte das Land, daß sie ihre Anordnungen durchsetzt, wenn nicht zutreffen soll, daß Pomern, wie vielfach behauptet wird, bereits eine verkappte Räterepublik sei. Die Stellung der Regierung zu den Arbeiterräten, die bisher die Durchführung des Erlasses über Einwohnernormen verhindert hätten, bedingt die weitere Stellungnahme des Pommerschen Landbundes. In Bezug auf die Zwangswirtschaft wandte sich Herr von Demis scharf gegen den Gedanken, die Zwangswirtschaft durch Bildung von Zwangs-Lieferungs-Genossenschaften vereinen zu wollen. Einzelne mögliche Bewirtschaftungsformen sei, den Kreis der Verbraucher einzuziehen und nur einen Teil der Erzeugnisse zu erfassen. Bei der besonders behandelten

### Arbeiterfrage

wies der Redner nach, daß für das Land, auf dem es keine Besitzlosen, also Proletarier gäbe, der Klassenkampf vernichtet werden müsse, und die Lösung aller kritischen Fragen vor allem auf die Arbeiter und die freien Berufe. Es wurde ferner eine Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Beratung der Landarbeiterfrage eingeseht.

Zum Vorsitzenden des Pommerschen Landbundes wurde der Bauerhofbesitzer Rannow aus Friedrichsdorf, Kreis Dramburg, gewählt. Zweiter Vorsitzender wurde Rittergutsbesitzer Dübber-Wolff, Kreis Pyritz. Der Vorstand besteht aus je vier Vertretern des Kleingrundbesitzes, des Großgrundbesitzes, der Arbeiterschaft und der freien Berufe. Es wurde ferner eine Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Beratung der Landarbeiterfrage eingeseht.

Am 10. Mai tagte der neu gebildete Vorstand sowie die Arbeitsgemeinschaft, die alle Einzelheiten der Landarbeiterfragen durchberiet und die Richtlinien für ihre Behandlung festlegte.

Wie wir weiter hören, ist die Organisation des Pommerschen Landbundes in der Provinz Pommern nunmehr nahezu vollzogen. Innerhalb von drei Monaten hat der von Pyritz ausgehende Landbund also die ganze Provinz erfasst.

Diese überaus schnelle Verbreitung und die Tatsache, daß der Landbund in allen Schichten der Bevölkerung begeisterte Aufnahme gefunden hat, ist der beste Beweis dafür, wie sehr die Not der Zeit den Landbewohner bedrückt und wie notwendig der ländlichen Bevölkerung der Zusammenschluß ersähen, um nach dem fürchterlichen Zusammenbruch die gesunden Kräfte zu sammeln und zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens einzusetzen.

## Kunst und Wissenschaft.

**Gundolls „Goethe“ preisgekrönt.** Bei der Preisverteilung der Akademie der Wissenschaften wurde der Minor-Preis dem Schriftsteller Friedrich Gundolf für sein Buch „Goethe“ zuerkannt.

**Gegen die Räterepublik an den Theatern.** Die ersten Mitglieder der drei städtischen Theater in Leipzig haben an den Rat der Stadt und die Stadtverordneten eine Eingabe gerichtet, in der gegen die Einführung der Räterepublik bei den städtischen Theatern entschieden Einspruch erhoben wird. Besonders wenden sich die Mitglieder gegen die Errichtung des als überflüssig und hemmend empfundenen Vollzugsrates. Die künstlerischen Persönlichkeiten, auf denen das Ansehen der städtischen Theater beruhe, seien aus künstlerischen Erwägungen heraus gegen die Räterepublik.

## Letzte Nachrichten.

München, 4. Juni.

Nach einem Privattelegramm der „München-Ansburger Zeitung“ soll in der Slowakei die Räterepublik ausgerufen worden sein.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptredakteur Günther Herrich; für den übrigen redaktionellen Teil: Wilhelm Glöckler; für den Anzeigenteil: Hans Keigel. Druck und Verlag: Fürstentum Zeitung A.-G. Sämtlich in Köln.

## Beamten-Wohnungsverein Köslin.

### Ordentliche Hauptversammlung

Freitag, den 13. Juni, 8,15 Uhr abends, Lüdtke's kleiner Saal.

#### Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes, Vorlage und Genehmigung der Jahresrechnung für 1918/19, Bericht des Aufsichtsrats über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns.
3. Erstattung von baren Auslagen an die Kassenspreiser.
4. Neuwahl eines Vorstandsmitglieds.
5. Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
6. Sonstiges.

Die Jahresrechnung nebst den zugehörigen Belegen liegt vom 5. bis 12. Juni im Geschäftszimmer zur Einsicht aus und zwar an Werktagen von 8 bis 9 Uhr abends, an den Festtagen von 12-1 mittags.

Der Vorstand.  
Schulz. Blank.

Es besteht Aussicht,

## in Sydow im Kreise Schlawe eine Weidengenossenschaft zu errichten,

wie solche schon zahlreich in der Provinz bestehen. Bei dem herrschenden Futtermangel muß vielfach Vieh in Weide gegeben werden und die Nachfrage nach guter Weidegelegenheit ist sehr groß. Für alle bäuerlichen Besitzer, Eigentümer und sonstigen kleinen Viehbesitzer, die an solcher Einrichtung Interesse haben, wäre es sehr wichtig, sich in der Umgegend den Betrieb und die Einrichtung einer solchen Genossenschaft einmal anzusehen, da man sich erst dann ein richtiges Bild von den Vorteilen solcher Einrichtung machen kann. Es findet deshalb am 10. d. Mts. (am dritten Pfingsttag) unter Führung von Herrn Bärwald-Belgard und Herrn Dr. Holz-Bublitz eine Besichtigung der Weidengenossenschaft Polzin statt, die auf hügeligem, lehmhaltigem Mittelland mit kleinen eingestreuten Moorstellen angelegt ist, also auf demselben Boden, wie er in Sydow in Frage kommt.

Die Reise von Pollnow und Bubitz nach Polzin hin und zurück läßt sich in einem Tage durchführen. Ab Pollnow 5 Uhr vormittags, ab Bubitz 6,46 Uhr vormittags. Rückkehr an Bubitz 8,16 Uhr abends, an Pollnow 9,45 Uhr abends. Alle interessierten Landwirte werden dringend eingeladen. Teilnehmer mit anderen Bahnverbindungen müssen bis 9,57 Uhr vorm. in Gramenz sein.

Meine Geschäftsräume befinden sich vom 1. Juni d. Js. ab

Bergstraße 14, 1 Tr.,

im Hause des Herrn Rutkowski.

Dr. Zubke, Rechtsanwalt.



## Bestellungen auf ermländische und hannoversche Absatzfohlen

nehme ich noch entgegen.

Lieferzeit: Ausgang August, Anfang September.

A. Henke, Pferdehandlung,  
Bahnhofstraße 3.

## Zahn-Praxis

Willy Reichel, Nachf. M. Wluzka.

Atelier für künstlichen Zahnersatz.  
Zahnschmerzbesitzigen. Plombieren.

Sprechstunden 9-1 und 3-6 Uhr.

Bergstraße 7 Köslin Bergstraße 7  
1 Treppe Telefon 416. 1 Treppe

## Sängerkreis Köslin.

Am Pfingstmorgen, dem 8. ds. Mts., Frühkaffee in der Gollentwirtsch. von Kufse.  
Beginn der Vorträge 7 Uhr.  
Die Mitglieder nebst Angehörigen werden dazu hiermit ergebenst eingeladen.  
Auch Gäste sind herzlich willkommen.  
Der Vorstand.

## Jungsturmabteilung Nr. 8 zu Köslin.

### Unterhaltungsabend

am Donnerstag, dem 5. Juni 1919, bei Lüdtke (Bergstraße), Anfang 8 Uhr, bestehend aus

### Theatervorführungen, Musikvorträgen

der eigenen Kapelle usw.  
Preise der Plätze: Loge 2.—, Sperrplatz 1,75, Saalplatz 1,50, Stehplatz 1.—

## Das städtische Kinderheim

am Ramp 31, ist von morgens 7 bis abends 6 Uhr geöffnet.

## Bekanntmachung.

Die Inhaber von Verpflichtungsscheinen für Brennspritus können für Juni dieselbe Menge Spiritus wie in den Monaten vorher beziehen.

Paul Kisle,  
Großvertriebsstelle der Spiritus-Zentrale, Berlin.

## Rechnungen

in verschiedenen Größen,

## Quittungen

## Mitteilungen

## Post-Aufkleber

## und Begleit-Adressen

in Blocks

liefert

die Geschäftsstelle der „Fürstentümer Zeitung“

A.-G.  
Köslin, Bergstraße 26.

Trambuch  
das große ägyptische Ml. 250.  
Asta-Verlag, München 23-116.

## Ungarwein

(herb)

1/2 Liter-Flasche 7.— M.  
empfiehlt

Eduard Laabs.

## Rittergut Alt-Griebnitz

verkauft aus dem Winteranschlag noch einige Festmeter starkes, gesundes

## Birkenholz

und einige

## Erlenhölzer.

## Eisenbier

wieder eingetroffen.

Eduard Laabs.

## Bierbestellungen

für die Feiertage können nur bis Donnerstag abend angenommen werden.

Eduard Laabs.

Fernsprecher 103.

## Pelargonien

auch hängende, für Balkon und Gruppen, empfiehlt

Bernhard Wunsch,  
Gartenbaubetrieb.

## Weißkohl, Rotkohl-, Wirsingkohl-Pflanzen

jedes Quantum lieferbar.

Bernhard Wunsch,  
Gartenbaubetrieb.

## Unterrichtsstunden

in französisch, Konversation und Grammatik erteilt Batin. Refraktanten wollen sich wenden an  
Diakonissenhaus Salem.

## Break

sehr gut erhalten, mit mech. Verdeck, verlässlich bei  
Dräger, Kunder Teich 6.

## Ein Rauhaar-Terrier

weiß, mit schwarzer Kopfzeichnung, entlaufen.

Abzugeben Elisenstr. 21, 2 Tr., bei Radle.

## Einen Plan mit Gestell

für Händlerwagen verkauft  
Hugo Pelschack,  
am Kleinbahnhof.

## Auskunft umsonst bei

## Schwerhörigkeit

Ohrgeräusch, nerv. Ohrenschmerz, aber unsere tausendfach bewährten, patentämtl. geschütz. Hörtrömmeln. Bequem und unsichtbar zu tragen. Glanz. Anerkennungen.

Sanis Versand München 411

## Neuer Anzug

(für Mittelfigur passend) zu verk.  
Ringstr. 20, 2 Tr.

## Zigaretten

empfiehlt

Eduard Laabs.

## Bettmatten

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausf. umsonst.  
Sanis-Versand München. 411.

## Zeitungs-Makulatur

hat abzugeben.  
Fürstentümer Zeitung A.G.,  
Bergstr. 26.

## Deutschnationale Volkspartei.

Mittwoch, am 4. Juni 1919, abends 8 Uhr, findet in den Kösliner Festsälen (Grünstraße)

## ein Familienabend

statt.  
Unter anderm Vortrag des Herrn Stadtverordneten Thomas-Stettlin:

## „Ein Volk in Not“.

Zu dem Familienabend bitte ich um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder des deutschnationalen Volksvereins. Gäste, die der deutschnationalen Sache nahe stehen, sind herzlich willkommen.

Deutschnationaler Volksverein Köslin.

Dr. Zubke, Vorsitzender.

## Deutschnationaler Volksverein. Stammtisch

bei Oesten und Falsett, Danzigerstraße,  
jeden Freitag, abends 6.00 Uhr.

## Konzert-Verein Köslin.

Das

## 3. Vereins-Konzert,

der Liederabend von Emmi Leisner

findet nunmehr am

Freitag, dem 6. Juni, abends 8 Uhr,

statt.

Die bereits verlosenen Eintrittskarten haben Gültigkeit. Auf die Abschnitte Nr. 3 der Mitglieds- und Beilarten, die noch im Besitze von Mitgliedern sind, werden Sitzplätze bei Herrn Buchhändler Hoffmann verabfolgt.

Sitzplätze zu 1,50 Mark und Schülerkarten zu 75 Pfg. (einschl. Kartenteuer) ebendasselbst und an der Abendkasse.

Der Vorstand.

## Wussekens.

Am 2. Feiertage

## Großes Tanzvergnügen.

Anfang 4 Uhr, wozu freundlichst einladet

Reinhold Post.

## Sarg-Magazin

## und Beerdigungs-Institut

Holzmarkt 2 Albert Jüh Holzmarkt 2

Telephon 351 • Inh.: Willy Jüh • Telephon 351

Übernehme bei vorrückenden Sterbefällen Besorgungen ganzer Begräbnisse, auch empfehle eigene Leichenfrau.

Größtes Lager in Holz- und Metall-Särgen sowie Sargausstattungen zu billigen Preisen.

Die Jandt'sche Versteigerung am 18. Juni 1919 fällt fort.  
Amtsgericht Köslin.

Bequeme

## Gartenstühle

zu kaufen gesucht

Hohetorstr. 10.

15 qm. Steinfliesen,

1 Gas Schlauch 1,75 m lang, mit Brenner zu verkaufen.  
Walter Treichel, Ronitow.

## Sicherste Kapitalanlage. Seltene Briefmarken.

Besser als Geld und Wertpapiere, haben internationalen Handelswert, daher stets verlässlich. Seit 20 Jahren ununterbrochene Wertsteigerung.  
Nächste große Versteigerung Ende Juni. Verlangen Sie Katalog mit über 2000 Kunstphotos.

Marken- u. Ganzsachenhaus G. m. b. H.,  
Berlin W. 8., Friedrichstr. 162 u. 83.

## Wohnungen, Zimmer.

Herzliche Bitte!  
Junger Kaufmann sucht per 15. d. Mts.  
gut möbliertes Zimmer mit oder ohne Pension. Angebote unt. A. 348 an die Gesch. d. Bl.

## Angebote von Wohnung und Kost

für Teilnehmer am Sonderlehrgang v. 23. 6. bis 30. 8. erbittet schriftlich  
Landwirtschaftliche Winterschule Köslin.  
Hufschle.

## 1 Hausdiener

der gut mit Pferden umzugehen versteht, sucht für Jaglich Neues Gesellschaftshaus, Henkenhagen.

## Tüchtiger Müller

sucht Stellung. Gest. Angebote erbeten  
E. Fischer, Belgard a. Per.,  
Johannishaus, Körlinerstr. 6.

Für einen Villenhaustalt in Köslin (5 Pers.) wird zum 1. Juli eine perfekte Köchin gesucht. Näheres bei Frau Zimbel, Junferstraße.

## Aufwartefrau

für 3 bis 4 Stunden am Tage gesucht. Stelle wird gut bezahlt.  
Atelier Kannenberg.

## Zwei fünfjährige Züchse

1,75 groß, verkauft  
O. Bort, Gr. Salspe.

## Lege- u. Brut- hühner, Zuchtkaninchen

zu kaufen gesucht.  
Kösliner,  
Körlinerstraße 34,  
Telefon 469.

Ein Paar elegante

## Wagenpferde

Goldfische, 4 Jahre alt, verkauft  
Schredde, Dajow  
bei Albel.

## Braune Tackelhündin

(preisgeköhnt) ist von meinem Grundstück vorigen Sonntag entwendet. Bei Wiederbringen wird hohe Belohnung und Straffreiheit zugesichert. Nähere Angabe über den Verbleib wird gleichfalls belohnt.  
Förster Manke, Barchmin.

## Gut

oder kleine Landwirtschaft mit gutem Wohnhaus (mindestens 6 Z.), nahe Köslin oder mit Schulzungsverbindung bevorzugt, sucht bei hoher Anz.  
Lüdtke, Steinau  
bei Pronitten, Ostpr.

## Wiesenverkauf.

Dienstag, den 10. Juni, nachm. 3 Uhr, findet im Gasthofe in Barchmin die Versteigerung von ca. 180 Morgen Barchminer Wiesenbäume-Wiesen in Parzellen von 1-3 Morgen statt. Die Flächen enthalten teilweise erhebliche Torfmengen. Derliche Vorbesichtigung gestattet. Lageplan ist beim Forstbeamten Behnenhagen in Barchmin einzusehen.  
v. Sprenger.

Bauernhof,  
Schöne alte Bepflanzung, herrliche Lage an der Chaussee, Kirche und Schule am Ort, 4 km von der Kleinbahn, Größe 148 Morg., davon 70 Morgen leistungsfähiger Boden, 1 Morgen Wiese am Hofe, ca. 30 Morg. 70 jähriger Wald, Rest ca. 50 jähriger Bestand, Inventar vollständig, 2 Pferde, 7 Rinder, 7 Schafe, 6 Schweine u. reichlichem Wirtschaftsgüter, ist altershalber sofort durch mich zu verkaufen, zu dem günstigen Preis von 100 000 Mark bei 60 bis 70 000 M. Anz.  
Dustke, Köslin, Karlstr. 19.

## Mark 5000,-

zu 1/10 auf sichere Hypothek zu vergeben. Näheres bei  
Paul Kisle, Hohetorstr. 10.

## Kl. Wirtschaft

von Selbstkäufer gesucht, ca. 10 bis 20 Morgen, entl. mit kl. Teich, Verbindung gute Gebäude, elektr. Licht, Nähe Bahnstation. Eilangebote unter B. 349 an das „Kösliner Volksblatt“ erbeten.

## Kösliner Beranstellungen.

Mittwoch, den 4. Juni:  
Deutschnationaler Volksverein abds. 8 Uhr: Familienabend in den Kösliner Festsälen.  
Turnverein, Jugend- und Männerabteilung, Ueben ab 7,30 Uhr Anabenturnhalle, Moritzstraße.  
Stenographen-Verein, abends 7,30 Uhr: Uebungsstunde, Mädchen-schule A, Ringstraße.

## Anzeigen aus Janow.

Weißer Ofen  
und Kochherd-Kacheln  
sind jetzt angekommen. Die bestellten Waren bitte jetzt abzuholen.  
Fr. Breitfeld, Ofenfabrik.